AKADEMIE FÜR
RAUMENTWICKLUNG IN DER
LEIBNIZ-GEMEINSCHAFT

Werner, Oliver:

Die Prägungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) zwischen 1935 und 1953

URN: urn:nbn:de:0156-4271056

CC-Lizenz: BY-ND 3.0 Deutschland

S. 48 bis 70

In:
Baumgart, Sabine (Hrsg.) (2020):
Raumforschung zwischen Nationalsozialismus und Demokratie –
das schwierige Erbe der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung.
Hannover = Arbeitsberichte der ARL 29

Oliver Werner

DIE PRÄGUNGEN DER AKADEMIE FÜR RAUMFORSCHUNG UND LANDESPLANUNG (ARL) ZWISCHEN 1935 UND 1953[1]

Gliederung

1 Wann wurde die Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) gegründet?
2 1935 – Die institutionelle Grundlegung der deutschen Raumforschung
3 1944 – Kurt Brüning als neuer Obmann der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung (RAG)
4 1946 – Die Umgründung der RAG
5 1953 – Die Etablierung der Akademie für Raumforschung und Landesplanung
Quellen
Literatur

Kurzfassung
Aufbau, Entwicklung und Arbeitsweise der nach dem Zweiten Weltkrieg etablierten Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) wurden nicht nur in den Jahren bis zur Konsolidierung der Forschungseinrichtung 1955 geprägt, sondern auch durch die Entwicklung ihrer Vorgängerin, der 1935 gebildeten Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung (RAG). Die Reichsarbeitsgemeinschaft war als politisch steuerbarer, hierarchischer Forschungsverbund eine effektive Mobilisierungsinstitution für die nationalsozialistische Aufrüstungs- und Expansionspolitik und prägte Arbeitsweise und Verständnis einer ganzen Generation von Raumwissenschaftlern. Zwischen 1945 und 1955 transformierten Kurt Brüning und ein Stab von Mitarbeitern die Reichsarbeitsgemeinschaft in eine anpassungs- und ausbaufähige Akademie, in die Wissenschaftserfahrungen aus dem „Dritten Reich" ebenso einflossen wie Konflikterfahrungen der unmittelbaren Nachkriegszeit und des Föderalismus der frühen Bundesrepublik. Der Aufbau der Akademie wäre allerdings ohne die in den 1930er- und frühen 1940er-Jahren etablierten raumwissenschaftlichen Netzwerke nicht möglich gewesen. Der vorliegende Aufsatz erfasst an vier wichtigen Zeiteinschnitten – 1935, 1944, 1946 und 1953 – die Entwicklung der Forschungseinrichtung von der Reichsarbeitsgemeinschaft zur Akademie und skizziert personelle und inhaltliche Kontinuitäten und Neuansätze.

Schlüsselwörter
Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung (RAG) – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) – Kurt Brüning – raumwissenschaftliche Netzwerke – Kontinuität – Transformation – 1945 als Zäsur

1 Für diesen Beitrag wurden die Vorträge „Die Etablierung der ARL 1945-1955" und „Von der RAG zur ARL – Ergebnisse des Forschungsprojekts", beide gehalten auf der Tagung am 7. November 2019 in Hannover, zusammengefasst.

Influences on the Academy for Spatial Research and Planning between 1935 and 1953

Abstract
The structure, development and procedures of the Academy for Spatial Research and Planning (ARL), which was established after the Second World War, were not only influenced by the years leading up to the consolidation of the research institute in 1955 but also by the development of its predecessor, the Reich Association for Spatial Research (*Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung* - RAG), formed in 1935. The Reich Association was a politically controllable, hierarchical research association and an effective institute of mobilisation for National Socialist armament and expansion policies. It influenced the methodology and understandings of a whole generation of spatial scientists. Between 1945 and 1955 Kurt Brüning and his staff transformed the Reich Association into an adaptable and extendable academy, which incorporated the scientific experiences from the 'Third Reich', the conflictual experiences of the immediate post-war period and the federalism of the early Federal Republic of Germany. The development of the Academy would not have been possible without the spatial science networks established in the 1930s and early 1940s. This paper uses four important points in time – 1935, 1944, 1946 and 1953 – to trace the development of the research institute from the Reich Association to the Academy and outlines continuities and new approaches in terms of both personnel and substantive focuses.

Keywords
Reich Association for Spatial Research (RAG) – Academy for Spatial Research and Planning (ARL) – Kurt Brüning – Spatial science networks – Continuity – Transformation – 1945 as a turning point

1 Wann wurde die Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) gegründet?

Die Frage nach dem Zeitpunkt der Gründung der *Akademie für Raumforschung und Landesplanung* (ARL) mutet rhetorisch an. Als Gründungsjahr gilt gemeinhin 1946, und die fünfzig Jahre später erschienene Jubiläumsschrift begründet diese Festsetzung damit, dass in jenem Jahr die bisherige *Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung* (RAG) ihren neuen Namen angenommen und „damit einer Forderung der Alliierten Kontrollkommission" entsprochen habe. Zudem seien 1946 „Forschungsausschüsse als Gremien für interdisziplinäre Gruppenarbeit" gebildet und eine Geschäftsordnung festgelegt worden, „in der bereits wesentliche Elemente der späteren Satzung enthalten" gewesen seien (ARL 1996: 1).

Tatsächlich hatten die britischen Besatzungsbehörden 1946 verfügt, dass die Forschungseinrichtung die Bezeichnung „Reich" ablegen müsse, da mit der Berliner Deklaration vom 5. Juni 1945 sämtliche Reichskompetenzen auf den *Alliierten Kontrollrat* übergegangen seien. Allerdings wurde der Name „Akademie" erst im Februar 1947 endgültig von der niedersächsischen Staatskanzlei gebilligt.[2] Auch gab es 1945 keine

2 Niedersächsische Staatskanzlei an die Akademie, 18.02.1947 (ARL-Archiv, Sammlung Karl Haubner).

längere Unterbrechung der Arbeit der Reichsarbeitsgemeinschaft und das Kriegsende wurde von den ersten Mitgliedern der Akademie in den 1950er- und frühen 1960er-Jahren rückblickend keineswegs als tiefer Einschnitt der Entwicklung der Forschungsinstitution dargestellt (ARL 1960).

Aus heutiger Sicht lassen sich einige Zäsuren benennen, die die Entwicklung und strategischen Entscheidungen der Akademie sowie ihre institutionellen Strukturen und ihre Arbeitspraxis stärker geprägt haben, als dies im Jahr 1946 geschehen ist. Der vorliegende Aufsatz erfasst an vier wichtigen Zeiteinschnitten die Entwicklung der Forschungseinrichtung von der *Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung* zur *Akademie für Raumforschung und Landesplanung* und skizziert personelle und inhaltliche Kontinuitäten und Neuansätze.[3]

2 1935 – Die institutionelle Grundlegung der deutschen Raumforschung

Für die erste Generation der ordentlichen Akademiemitglieder blieb das Jahr 1935 mit der Bildung der Reichsarbeitsgemeinschaft lebenslanger Referenzpunkt. Als die Akademie im Oktober 1960 „25 Jahre Raumforschung in Deutschland" beging, bezog sich das Jubiläum auf dieses Jahr, das von den beteiligten Wissenschaftlern mehrheitlich als Auftakt ihrer wissenschaftlichen Arbeit angesehen wurde. In der Broschüre mit den Ansprachen wurde entsprechend festgestellt, dass die „Akademie für Raumforschung und Landesplanung als Rechtsnachfolgerin der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung […] ihre Aufgabe darin" sehe, „den von der Reichsarbeitsgemeinschaft mit Erfolg beschrittenen Weg den jeweiligen Zeitverhältnissen entsprechend fortzuführen, um auf diese Weise zu einer sinnvollen Gestaltung des Lebensraumes nach Kräften beizutragen". Deutlicher konnte ein Bekenntnis zur ungebrochenen Kontinuität nicht ausfallen. Auch unterstrich der Vizepräsident der Akademie, Heinrich Hunke, in seiner Rede, dass die „akademische Institution der deutschen Raumplanung – die Akademie für Raumforschung und Landesplanung – […] ihren 25. Geburtstag" feiere (ARL 1961: 3, 9). Die Reichsarbeitsgemeinschaft beeinflusste nicht nur den Verlauf wissenschaftlicher Karrieren, die bis in die 1970er-Jahre reichten, sondern formte auch die Arbeitsbedingungen und das Arbeits- und Forschungsverständnis einer ganzen Generation deutscher Raumwissenschaftler.

Die Reichsarbeitsgemeinschaft bildete ein ideales Instrument nationalsozialistischer Wissenschaftspolitik der Ressourcenmobilisierung und politischen Ressourcenlenkung. Sie ging zum Jahreswechsel 1935/36 aus regimeinternen Auseinandersetzungen auf dem Feld der politisch zentralen Raum- und Siedlungspolitik hervor. Bemerkenswert sind die vergleichsweise rasche Etablierung der Einrichtung sowie die breite Akzeptanz ihrer bereits im Frühjahr 1936 arbeitsfähigen Forschungsstrukturen an den deutschen Hochschulen.

3 Eine Ergebnisübersicht zum Forschungsprojekt „Von der RAG zur ARL" mit Abbildungen und Grafiken siehe https://www.arl-net.de/system/files/Praesentation_Vortrag_Forschungsergebnisse.pdf (21.08.2020).

Dieser Erfolg beruhte auf mehreren Faktoren. Zunächst ist die klare Machtorientierung der Protagonisten erkennbar. Anders als verschiedene zuvor gestartete Anläufe konnten sich Reichswissenschaftsminister Bernhard Rust und der Reichsminister ohne Geschäftsbereich, Hanns Kerrl, mit ihrer Doppelinitiative zur Bildung einer *Reichsstelle für Raumordnung* (RfR) und der nachgeordneten Reichsarbeitsgemeinschaft durchsetzen, weil sie Kernthemen der nationalsozialistischen Bewegung zentral aufgriffen und ambitionierte Wissenschaftsfunktionäre – allen voran Konrad Meyer und Rudolf Mentzel, die sich beide aus Göttingen kannten (siehe auch Gutberger in diesem Band) – einspannen konnten (Grüttner 2004: 117-120). Letztere standen in enger Beziehung zur *Deutschen Forschungsgemeinschaft* (DFG) und konnten auf diese Weise weitere finanzielle Quellen für die Raumforschung erschließen. Die gegenseitige Konkurrenz der wissenschaftsfördernden Institutionen führte im Nationalsozialismus eben nicht zwangsläufig „zu Ineffizienz und Stagnation der deutschen Forschung", sondern „verschaffte Forschern, die das zu nutzen verstanden, zusätzliche Handlungsspielräume" (Schieder 2010: 49). Das *Reichswissenschaftsministerium*[4] hatte zuvor schon gemeinsam mit dem *Reichsernährungsministerium*[5] einen agrarwissenschaftlichen „Forschungsdienst" unter der Leitung von Konrad Meyer eingerichtet und damit einen Präzedenzfall für die Etablierung mobilisierender Strukturen für die deutsche Wissenschaft geschaffen. Der *Forschungsdienst* wurde dann auch zum organisatorischen Vorbild der Reichsarbeitsgemeinschaft (Oberkrome 2009: 115-126).

Der Agrarwissenschaftler Konrad Meyer – Jahrgang 1901 – war seit 1932 Mitglied der NSDAP und seit 1933 Mitglied der SS (Kegler/Stiller 2017: 500-508). Mit der Machtübernahme Hitlers akkumulierte er neben einer Professur, zunächst in Jena und dann in Berlin, eine Vielzahl von akademischen und administrativen Positionen, die ihn zu einem der einflussreichsten Funktionäre der nationalsozialistischen Wissenschaftspolitik machten. Meyer stand damit für die NS-typische Mobilisierungsstrategie, durch eine mittels persönlicher Netzwerke abgesicherte „Koordination verschiedener Institutionen – wie Ministerialbehörden, Partei, Wissenschaft, Militär – für die immensen, oft sehr kurzfristig angesetzten und mit Hochdruck durchzuführenden Projekte entsprechende Kompetenzstrukturen zu schaffen und Reibungsverluste zu vermeiden" (Heinemann 2006: 50).

Weitere wichtige Faktoren für die rasche Etablierung der Reichsarbeitsgemeinschaft waren die Adaptionsfähigkeit ihrer Einrichtungen – vor allem die bereits im Frühjahr 1936 an allen Universitäten eingerichteten *Hochschularbeitsgemeinschaften für Raumforschung* (HAG) – sowie die inhaltliche Anschlussfähigkeit an regionale Erfordernisse und langfristige Konzepte verschiedener Disziplinen der Raumwissenschaften. Die Reichsarbeitsgemeinschaft entwickelte sich zum unkomplizierten Ansprechpartner für staatliche und militärische Stellen und versprach über die inhaltliche Ausrichtung gleichermaßen eine Berücksichtigung regionaler Bedingungen und Sonderinteressen sowie die Beteiligung an aussichtsreichen politischen Großprojekten. Die inhaltliche Anschlussfähigkeit offerierte Wissenschaftlern je nach Richtung und

4 Offiziell: *Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung* (*REM*).

5 Offiziell: *Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft* (*RMEL*).

Ambition die Einbeziehung überkommener Vorstellungen etwa einer agrarorientierten Großstadtfeindschaft (Bergmann 1970) ebenso wie die innovative Erweiterung ökonomischer und soziologischer Perspektiven und Methoden (Gutberger 1996).

Grundsätzlich versprach die Einrichtung einer Hochschularbeitsgemeinschaft zusätzliche Forschungsmittel, sodass an einigen Universitäten, die zunächst keine Raumforschungsinstitute etabliert hatten, die Rektoren oder Vertreter der Universitätsverwaltung als Leiter der Hochschularbeitsgemeinschaft auftraten, um die potenziellen Finanzquellen offenzuhalten.[6] Das Gespür einzelner Wissenschaftler für die Erfordernisse der Aufrüstung konnte dann ein wichtiger Punkt sein, der den Zugang zu Geldern ermöglichte, etwa wenn der Hallenser Professor Johannes Weigelt seine geologischen und paläontologischen Forschungen der *Vierjahresplan-Behörde*[7] anbot und seine Arbeit dann auch mit Mitteln der Reichsarbeitsgemeinschaft finanzierte.[8] Politische Nähe zum Regime war dabei allerdings keine Garantie für einen Ressourcenzugang. So gelang es dem Gauwirtschaftsberater der NSDAP im Gau Halle-Merseburg, Walter Trautmann, trotz vielfältiger Bemühungen nicht, sein Lieblingsprojekt eines „Archivs für mitteldeutsche Wirtschaft und Landesplanung" von der Reichsarbeitsgemeinschaft finanziert zu bekommen.[9]

Der Aufbau der Hochschularbeitsgemeinschaft an der Universität in Frankfurt am Main wiederum korrespondierte mit kommunalen Initiativen, die seit Anfang 1934 den Aufbau eines *Instituts für Landesplanung, Siedlung und Wohnungswesen* betrieben.[10] Nach der Suspendierung des Institutsleiters und Frankfurter Stadtbaurats Reinhold Niemeyer[11] gelang es der Universität, die Einrichtung – zunächst unter Leitung des Rektors Walter Platzhoff – als „Institut für wirtschaftliche Raumforschung" neu zu formieren. Platzhoffs Nachfolger, Erich Egner und ab 1941 Heinz Sauermann, arbeiteten unter anderem mit dem Soziologen Ludwig Neundörfer zusammen (Klingemann 2009: 306-310), dessen Arbeiten ebenfalls von der Reichsarbeitsgemeinschaft gefördert wurden.[12]

---

6 Von den ersten 39 Leitern der Hochschularbeitsgemeinschaften 1936 waren zehn unmittelbar mit der Leitung der jeweiligen Hochschule verbunden (Hensen 1936).

7 Diese im Herbst 1936 gegründete und von Hermann Göring geleitete Behörde sollte im Rahmen der wirtschaftlichen Kriegsvorbereitung die Produktion der Grundstoffindustrie steigern und durch die Erschließung heimischer Rohstoffe die Abhängigkeit von Importen verringern.

8 Reichsarbeitsgemeinschaft an Johannes Weigelt, 1.7.1937, wegen der Mittelbewilligung „zur Durchführung Ihrer Arbeit: ‚Verbreitung der Braunkohlelagerstätten im mitteldeutschen Raum'" (UAH, Rep. 58 (NL Johannes Weigelt), Nr. 404).

9 Walter Trautmann an Emil Woermann, 23.1.1936 (UAH, Rep. 4 (Rektorat), Nr. 263).

10 Exposé „Über die allgemeinen Aufgaben eines Instituts für Landesplanung, Siedlung und Wohnungswesen an der Johann Wolfgang Goethe Universität in Frankfurt am Main", 12.3.1934 (UAF, Abt. 50, Nr. 1318, Bl. 12-14).

11 Niemeyer war zugleich Vorsitzender der *Deutschen Akademie für Städtebau, Reichs- und Landesplanung* (Düwel/Gutschow 2019: 238-239).

12 Ludwig Neundörfer an den Obmann der Reichsarbeitsgemeinschaft, 18.2.1943 (UAF, Abt. 50, Nr. 1369, Bl. 8-9).

Ein weiteres, besonders eindrucksvolles Beispiel für die Adaptionsfähigkeit und politische Nützlichkeit der Reichsarbeitsgemeinschaft ist der rasche Aufbau der Hochschularbeitsgemeinschaft an der Universität Wien nach dem „Anschluss" Österreichs im März 1938 (siehe auch Svatek in diesem Band). Bereits einen Monat später sandte der Wiener Geograph Hugo Hassinger „im Sinne des mir erteilten Auftrags" eine Liste mit Namen österreichischer Wissenschaftler an die Reichsarbeitsgemeinschaft, „die in erster Linie für die Raumforschung bzw. Raumplanung im Lande Österreich wertvolle wissenschaftliche Arbeit zu leisten vermöchten".[13] Hassinger stützte sich auf eigene Forschungen und österreichische Netzwerke, sodass er innerhalb kürzester Zeit zu einer Schlüsselfigur der auf Südosteuropa bezogenen Raum- und Siedlungsforschung aufstieg (Svatek 2010). Noch Anfang 1945 bekam er für das gemeinsam mit Paul Hesse von der Universität Hohenheim erarbeitete Kartenwerk „Der Donau-Karpatenraum" vom neuen Obmann der Reichsarbeitsgemeinschaft, Kurt Brüning, Gelder zugesichert.[14] Nach Kriegsende konnte Hassinger, der nie Mitglied der NSDAP gewesen war, ohne Einschränkung in Wien weiterarbeiten (Zippel 2017; Svatek 2019; siehe auch Svatek in diesem Band).

Die in diesen Beispielen erkennbare Bereitschaft von Wissenschaftlern, die Hochschularbeitsgemeinschaften als Kooperationsnetzwerke zu nutzen und die eigenen Ambitionen mit den politischen Zielen des Nationalsozialismus zu verbinden, arbeitete dem Instrumentarium zur politischen Beeinflussung und Disziplinierung des akademischen Personals in die Hände. Nur vor diesem Hintergrund konnte die Reichsarbeitsgemeinschaft als „wissenschaftliche Selbstverwaltungskörperschaft" (Bülow 1938: 312 f.) verstanden werden. Die Reichsarbeitsgemeinschaft war ein wissenschaftliches und politisches Netzwerk, das sowohl einer Selbstmobilisierung akademischer Eliten für das NS-Regime als auch der Abgrenzung von allzu drängender Einflussnahme durch andere Instanzen Raum bot. Dass die Behauptung wissenschaftlicher Unabhängigkeit – so sprach Konrad Meyer 1938 davon, man dürfte nicht zur „Magd von Tagesaufgaben" (zit. nach Leendertz 2008: 125) werden – nur durch die ungebrochene Identität wissenschaftlicher Ansprüche mit den Zielen des NS-Regimes möglich war, bildete die Voraussetzung dieser Dynamik. Auf diese Weise definierten die Geistes- und Sozialwissenschaftler die Grundlinien nationalsozialistischer Raum- und Bevölkerungspolitik maßgeblich mit, und ihre wissenschaftliche Tätigkeit war oft genug kein „Ausfluss einer Affinität zum NS, sondern […] der wirkliche Nationalsozialismus" (Mommsen 1999: 271).

Das Verhältnis zwischen der Leitung der Reichsarbeitsgemeinschaft und der ihr formal übergeordneten *Reichsstelle für Raumordnung* war in mehrfacher Hinsicht belastet (ausführlich Venhoff 2000: 21-23). Während die Reichsstelle ihren politischen und wissenschaftlichen Führungsauftrag umfassend deutete und sich in manchen Fällen in die Bearbeitung einzelner Forschungsanträge einmischte, schlug eine Denkschrift der Reichsarbeitsgemeinschaft vom August 1939 vor, dass sich die Reichsstelle mit der Vorgabe einer „Grundlinie" begnügen sollte, die eine „ausschließlich grundsätzliche Tendenz" haben und der Reichsarbeitsgemeinschaft alle Freiheit bei der „Aufstellung

13 Hugo Hassinger an die Reichsarbeitsgemeinschaft, 13.4.1938 (UAW, NL Hugo Hassinger, Kt. 15).

14 Hugo Hassinger an die Reichsarbeitsgemeinschaft in Göttingen, 10.3.1945 (UAW, NL Hugo Hassinger, Kt. 19).

der Forschungsthemen" gewährleisten sollte. Im Gegenzug wollte sich die Reichsarbeitsgemeinschaft verpflichten, die „Aufstellung der Tagungsprogramme und aller politisch irgendwie bedeutsamen Äußerungen […] loyalerweise mit den Interessen der Reichsstelle" abzugleichen.[15] Eine Lösung stellte dieses Szenario nicht dar und auch nach Meyers Wechsel zum *Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums* (RKF) brachen die Konflikte immer wieder auf, zuletzt im Zusammenhang mit der Neuausrichtung des *Reichsforschungsrates* (RFR), die schließlich 1942 – maßgeblich von ihrem neuen Obmann Paul Ritterbusch in die Wege geleitet – eine Trennung der Reichsarbeitsgemeinschaft von der Reichsstelle ermöglichte (Göllnitz/Ritterbusch 2017). Gerhard Isenberg[16], Referent in der Reichsstelle, hatte 1941/42 umfangreiche Untersuchungen zum Verhältnis von Reichsarbeitsgemeinschaft und Reichsstelle vorgenommen (Venhoff 2000: 52-56) und war zu dem ernüchternden Ergebnis gekommen, dass „die Erfordernisse und Erwartungen der Reichsstelle und der Landesplanungsgemeinschaften" an die Reichsarbeitsgemeinschaft „bei der derzeitigen Regelung und dem Aufbau nur unzureichend erfüllt werden" könnten.[17] Isenberg verwies damit auf die grundsätzlichen Schwierigkeiten, in der kampagnenförmigen Ad-hoc-Mobilisierung des „Dritten Reiches" eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen universitärer Raumforschung einerseits und der in der rasanten Hochrüstung des Regimes kaum zum Zuge kommenden Landesplanung andererseits zu ermöglichen (Werner 2012).

Solange die Forschungen der Reichsarbeitsgemeinschaft die Autarkievorstellungen und Bevölkerungsplanungen des Regimes bedienten, wurden sie – unabhängig von politischen Überzeugungen – Teil einer akademischen Verantwortungsdiffusion, die es den Wissenschaftlern nach 1945 erleichterte, mit Verweis auf die regionale Begrenzung der eigenen Forschung jede Beteiligung an den expansiven und bevölkerungsvertilgenden Maßnahmen des NS-Regimes abzustreiten. Dabei können Arbeiten zur wirtschaftlichen Aufwertung von Notstandsgebieten oder zur „inneren Kolonisation" – etwa im Emsland oder, mit deutlichen Implikationen einer „rassischen" Aufwertung, in der Rhön – durchaus als methodische und praktische Vorarbeiten für spätere, weitreichendere Planungen zur „Neugestaltung" Osteuropas erkannt werden.

Die Begrenzung der einzelnen Forschungsarbeiten – auf Regionen, Branchen oder Bevölkerungsgruppen – bildete die Grundlage für die entgrenzte Nutzung raumwissenschaftlicher Erkenntnisse. Die fachlich begründete Begrenzung setzte etwa eine sozial detailliert geplante Abwanderung „überschüssiger" Landwirte in Thüringen in direkte Beziehung mit der „Eindeutschung" des Warthegaus und stellte regionale Projekte in den großen Rahmen einer „Überprüfung der Raumstruktur im Altreich im Hinblick auf den Neuaufbau des deutschen Ostens".[18] Die Einzelprojekte konnten zugleich als unabhängig von der und unabdingbar für die NS-Bevölkerungspolitik begriffen werden.

15 „Zur Lage", Denkschrift zum Verhältnis zwischen der Reichsarbeitsgemeinschaft und der Reichsstelle vom 28.08.1939 (ARL-Archiv, NL Kurt Brüning).

16 Zu Gerhard Isenberg siehe auch Gutberger und Kegler in diesem Band.

17 Vermerk von Gerhard Isenberg, „Betr. Grundlagenforschung", November 1941 (BArch R113/12). Gerhard Isenberg war nicht zuletzt als Kenner der institutionellen Einbettung der Reichsarbeitsgemeinschaft für Kurt Brüning nach 1945 ein wichtiger Gesprächspartner.

18 Der Forschungsantrag von Asmus Petersen zur „Schaffung von Unterlagen für die Umsiedlung aus dem Gau Thüringen und die Neuordnung der ausgesiedelten Gebiete" wurde von Joachim Heinrich Schultze im März 1940 „auf das entschiedenste" befürwortet (sämtliche Zitate UAJ, S XV, Nr. 18).

Die etablierten Beziehungen zwischen Raumwissenschaftlern und Landesplanern bildeten eine weitere Ressource, die in den Jahren 1939 bis 1944 die Entfaltung der deutschen Besatzungs- und Ausrottungspolitik ermöglichte. Landesplaner wie Gerhard Ziegler in Oberschlesien oder Hansjörg Schepers im Generalgouvernement[19] fanden nicht nur kollegiale raumwissenschaftliche Expertise, sondern in der Reichsarbeitsgemeinschaft auch ein wichtiges Forum, um ihre Erfahrungen bei der „Raumordnung und Planung in benachbarten Gebieten" – so das Themenheft „Raumforschung und Raumordnung" 6/7-1942 – vergleichend darlegen zu können (siehe auch Ziegler 1941; Schepers 1942; siehe auch Kegler in diesem Band). Das Wissen um die drastische deutsche Politik bis zum Völkermord verbreitete sich (Rössler 1990: 159-160) und so war es nur konsequent, wenn 1943 ein bevölkerungswissenschaftliches Kartenwerk den knappen Hinweis enthielt, dass „Juden […] nicht berücksichtigt" seien.[20]

3 1944 – Kurt Brüning als neuer Obmann der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung (RAG)

1944 könnte ebenfalls mit einiger Berechtigung als „Gründungsjahr" der *Akademie für Raumforschung und Landesplanung* gelten. Kurt Brüning wurde Obmann der Reichsarbeitsgemeinschaft und etablierte rasch einen signifikant neuen, stark persönlich geprägten Stil wissenschaftlicher Führung. Außerdem stellten Mitarbeiter der Reichsarbeitsgemeinschaft – allen voran der langjährige Chefredakteur der Zeitschrift „Raumforschung und Raumordnung", Frank Glatzel, – Überlegungen über eine Neuausrichtung der Forschungsinstitution an.

Kurt Brüning, 1897 in Magdeburg geboren, erhielt 1930 eine Professur für Geographie an der Technischen Hochschule Braunschweig, von der er 1933 als Mitglied der SPD vertrieben wurde (Wettern/Weßelhöft 2003: 98-101). In der Folge blieb Brüning dennoch in der Provinz Hannover beruflich und institutionell verankert, vor allem in der Landeskunde an der Universität Göttingen sowie über das von ihm geleitete *Amt für Landesplanung und Statistik*, das ab 1935 mit dem Aufbau der Landesplanungsgemeinschaft Hannover-Braunschweig betraut wurde (Waldhoff/Fürst/Böcker 1994: 39-42; siehe auch Gutberger in diesem Band). Bis Ende der dreißiger Jahre konnte Brüning seine akademische Reputation wiederherstellen und die Gauleitung Südhannover-Braunschweig bescheinigte ihm 1938, trotz früherer Konflikte inzwischen „durchaus positiv zum nationalsozialistischen Staate" zu stehen.[21] Diese Einschätzung beruhte nicht zuletzt auf Brünings politischer Anpassungsfähigkeit und auf seinem Vermögen, wissenschaftliche und administrative Netzwerke zu seinen Gunsten und in seinem Interesse aufzubauen und zu pflegen. Zugleich hatte sich Brüning in seiner

19 Das Generalgouvernement wurde im Herbst 1939 aus dem Teil Polens gebildet, der weder vom Deutschen Reich noch von der Sowjetunion unmittelbar annektiert worden war. Ziele der deutschen Besatzungspolitik waren die Ausbeutung der wirtschaftlichen Ressourcen, die Dezimierung der polnischen Bevölkerung und langfristig eine „Eindeutschung" des Gebiets. Für diese Zielsetzungen war die Zusammenarbeit mit Raumwissenschaftlern und -planern essenziell.

20 Legende der Karte „Der Donauraum. Volksgruppen aus Südosteuropa nach dem Zweiten Wiener Schiedsspruch 1940", Gotha 1943.

21 Gauleiterstellvertreter Kurt Schmalz an den Stab des Stellvertreters des Führers, 2.9.1938 (BArch R4901/24332, Bl. 43).

Arbeit inhaltlich mit einem ununterbrochenen Plädoyer für „Kreisbeschreibungen"[22] die grundlegende Bestandsaufnahme auf die Fahnen geschrieben, die sich in der Folge als außerordentlich adaptionsfähig erwies. Grundsätzliche Erhebungen als Voraussetzung für Planung brauchte man immer, und seine Mitarbeit in der Reichsarbeitsgemeinschaft konzentrierte sich dann auch folgerichtig auf den Arbeitskreis „Bestandsaufnahme" im Rahmen des „Reichsatlaswerks" (Meynen 1963).

In der Reichsarbeitsgemeinschaft wurde Brüning trotz aller überregionalen Arbeit als ein Wissenschaftler angesehen, der seine Forschungen mit einer dezidiert regionalen Interessenvertretung verband. Bereits Ende der zwanziger Jahre hatte er sich mit umfangreichen Denkschriften für ein ausgreifendes „Reichsland Niedersachsen" exponiert, die bei den Nachbarn seines gedachten „Wirtschaftsraums" jedoch überwiegend auf Ablehnung stießen und auch innerhalb der Provinz Hannover umstritten blieben (Hanke 2004: 82-93). Tatsächlich schloss Brünings „Niedersachsen" substanzielle Teile von Westfalen und Lippe mit ein. Seine Arbeiten polarisierten – auch wenn für Brüning der Hinweis auf „die nachteiligen Auswirkungen der territorialen Zersplitterung auf Wirtschaft, Verkehr und Verwaltung" (Seedorf 1998: 44) im Vordergrund stand – und stieß bei den angrenzenden Provinzial- und Landesverwaltungen sowie bei westfälischen Exponenten der „Westforschung" auf deutliche Vorbehalte (Baas 2015: 160). Seine Ernennung zum Obmann der Reichsarbeitsgemeinschaft im Sommer 1944 beruhte daher auf keinem Konsens der Wissenschaftsgemeinschaft, sondern war vielmehr Ausdruck regionaler und universitärer Verbundenheit.[23] So hatte Brünings Gönner im *Reichswissenschaftsministerium*, Rudolf Mentzel, ebenfalls in Göttingen studiert (siehe auch Gutberger in diesem Band). Anders als seine Vorgänger Konrad Meyer und Paul Ritterbusch wurde Brüning offenbar nicht als Ideologe, sondern als wissenschaftlicher Pragmatiker angesehen (Hammerstein 1999: 528-529).

Kurt Brüning ergriff die sich ihm bietende Gelegenheit und lenkte mit Unterstützung des Hannoverschen Gauleiters Hartmann Lautenbacher die Ressourcen der Reichsarbeitsgemeinschaft gezielt nach Göttingen und Hannover.[24] Er blieb mit den Leitern einzelner Hochschularbeitsgemeinschaften in engem Kontakt und bewilligte bis ins Frühjahr 1945 hinein großzügig Forschungsgelder.[25] Dieses Vorgehen, das die Aussichten auf wissenschaftliche Kooperation mit persönlicher Verbindlichkeit und einer konsequenten Ausblendung der militärischen Lage verband, rettete die Reichsarbeitsgemeinschaft über das Chaos der letzten Kriegsphase und bot Anknüpfungspunkte in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Die von Brüning weiter propagierten Kreisbeschreibungen fungierten ab Sommer 1945 als unverzichtbare Bestandsaufnahme für die

22 Die an der ARL ab 1947 erstellten Kreisbeschreibungen sollten „für die Verwaltung, Bevölkerung und Wirtschaft eine wissenschaftlich fundierte, aber allgemeinverständliche Gesamtdarstellung der einzelnen Kreisgebiete" vorlegen, „die durch eine Synthese von geographisch-landeskundlicher und historischer Forschung und durch die Auswahl des Stoffes unter dem Blickwinkel der praktischen Verwendbarkeit geschaffen" würden (ARL 1970: 1633).

23 Vermerk von Rudolf Mentzel, 10.8.1944 (BArch R4901/14084, Bl. 162).

24 Hartmann Lautenbacher an Reichserziehungsminister Bernhard Rust, 27.7.1944 (BArch R4901/14084, Bl. 157).

25 Kurt Brüning an Hugo Hassinger (Wien), 16.2.1945 (UAW, NL Hugo Hassinger, Kt. 18).

räumliche Bewältigung sozialer und ökonomischer Probleme der „Zusammenbruchgesellschaft" und wurden von vielen Kommunalbeamten als unterstützungswürdige Tätigkeit eingeschätzt (Brüning/Wilhelm/Isenberg 1948).

Im Kreis von Brünings Mitarbeitern war zunächst Frank Glatzel die dominante Person. Glatzel legte im Sommer 1944 eine Denkschrift vor, die die spätere Struktur der *Akademie für Raumforschung und Landesplanung* bereits vorwegnahm. Die Arbeit der Forschungseinrichtung sollte von einem Kuratorium – 1944 von Glatzel instinktsicher mit Vertretern des *Reichskommissars für die Festigung des deutschen Volkstums* und des *Reichsministeriums Speer* besetzt – und einem wissenschaftlichen Beirat mit „Vertretern der wichtigsten Fachgebiete der Grundlagenforschung" vorgenommen werden.[26] Diese Überlegungen waren sicher nicht völlig neuartig, wurden aber 1944 zum ersten Mal als Organisationsvorschlag für die Neuausrichtung der Reichsarbeitsgemeinschaft so formuliert.

Im Herbst 1945 übergab Glatzel sein Papier – in zeitgemäß überarbeiteter Form – eigenmächtig an den Leiter der Hannoverschen Provinzialabteilung für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung, Adolf Grimme, der wiederum über einen Mitarbeiter bei Brüning nachfragen ließ, was dieser von Glatzels „Denkschrift" halte. Brüning sah sich nun gezwungen, in einem längeren Schreiben an die Provinzialabteilung seine Vorstellungen von einer neuen Form der Reichsarbeitsgemeinschaft darzulegen. Sie solle „die bisherige wesentlich propagandistische Epoche ihrer Betätigung abschließen und in die Phase positiver Arbeit an bestimmten Forschungsthemen eintreten". Besonders hemmend sei der „Einfluss des S.D.", des Sicherheitsdienstes der SS, gewesen. Brüning dachte „in der Arbeitsform noch stärker an eine Art ‚Kaiser Wilhelm Institut für Raumforschung' (oder Landesplanung, Landesforschung usw.)" und hielt eine „Zusammenfassung" mit der „Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung" für unausweichlich. Eine „Organisationsänderung" bringe allerdings „Zeitverlust, Arbeitsausfall und keinen Fortschritt". Die Reichsarbeitsgemeinschaft sei „nicht wegen ihrer Organisation unfruchtbar gewesen, sondern durch die Art ihrer Tätigkeit und eines großen Teils ihrer Mitarbeiter". Die bisherigen Obmänner seien an der Auffassung gescheitert, „dass Raumforschung eine politische Wissenschaft sei", und nicht an einer „angeblichen Divergenz von Wissenschaft und Verwaltung".[27]

Diese Überlegungen – durch eine gewisse Beliebigkeit in organisatorischen Fragen und eine mit Dominanzvorstellungen verbundene Adaptionsbereitschaft geprägt – zeigen zum einen mit dem Hinweis auf Geheimdienste Rechtfertigungsmuster, die in der Folge von eigenem wissenschaftlichen Versagen und politischer Beteiligung im „Dritten Reich" ablenken konnten (Loth/Rusinek 1998). Die Abwehr direkter politischer Einflussnahme auf die wissenschaftliche Forschung bildete in den folgenden Jahren eine konstante Orientierung Brünings für die Arbeit der Akademie. Dazu gehörte schon die im Juni 1945 verfügte Streichung von Arbeitsgebieten wie „Rassenkunde, Rassen- und

26 Frank Glatzel, „Bemerkungen zu einem Arbeitsprogramm der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung", Juli 1944 (Sta Braunschweig, G IX 42 (NL Frank Glatzel), Kt. 1 (unverzeichnete Unterlagen 1944/45)).

27 Kurt Brüning an Frank Werneke, 4.12.1945 (ARL-Archiv, Sammlung Karl Haubner).

Volkstumsbiologie und ähnliche Themen auch unter Tarnbezeichnung".[28] Dass die Akademie zugleich aber politisch gewünschte Aufträge zur Bewältigung der Kriegsfolgen ausführte und in ihrem institutionellen Überleben zunehmend auf politischen Rückhalt nicht nur aus Niedersachsen angewiesen war, gehört zu den grundsätzlichen Widersprüchen in Brünings Vorgehen, die er zwar nicht erklären, aber mit seinem persönlichen und in Streitfällen ausgesprochen nachtragenden Führungsstil weitgehend kaschieren konnte.

4 1946 – Die Umgründung der RAG

1946 wird gemeinhin als Auftaktjahr der Akademie verstanden, auch wenn sie in diesem Jahr „nicht neu geschaffen" wurde, „sondern durch Namensänderung aus der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung hervorgegangen ist".[29] Intern wurde von Brüning bereits unmittelbar nach Kriegsende „klargestellt, dass von einer Auflösung der RAG keine Rede sei".[30] Es ist daher sinnvoll, die Entwicklung der Akademie als eine Umgründung zu begreifen, bei deren Analyse „die professionellen, intellektuellen und disziplinären Umwidmungsprozesse" in den Vordergrund rücken, „mit denen sich die Selbstmobilisierung der Wissenschaften im ‚Dritten Reich' zu einer Ressource für ihre Ankunft im demokratischen Staat verwandelte" (Weisbrod 2002: 7). Das schmälert keineswegs die Bedeutung des Jahres 1946 für die Akademie, aber die prägenden Impulse, die das Adaptionsvermögen der Forschungsinstitution unter Beweis stellen sollten, kamen 1946 zunächst von außen.

Die Beurteilung der Kriegsfolgen sowie der Möglichkeiten und Wege ihrer Bewältigung oblag in erster Linie den alliierten Besatzungsmächten. Deren Perspektiven und Schwerpunktsetzungen bildeten die wichtigste Rahmenbedingung der sich nach Kriegsende wieder entfaltenden Raumwissenschaften. Raumpolitisch waren der Anspruch einer umfassenden „Re-Education" und die angestrebte „Federation of Germany" gleichermaßen relevant und jeder „Wiederaufbau" in Deutschland wurde an diesen Vorgaben und Maßstäben gemessen (Jürgensen 1979). Bereits Ende 1943 benannten britische Beamte als „real foundation of the Nazi system […] the teaching of generations of prophets who have gradually diverted German thought right away from the Western and Christian traditions" (zit. nach Phillips 2018: 21). Als wichtige Komponente dieser Abkehr von westlichen Traditionen wurde ein „spatial totalitarianism" ausgemacht, der die Raumwissenschaften mit der nationalsozialistischen „Lebensraum"-Politik identifizierte. Die Überwindung NS-spezifischer Raumvorstellun-

28 Verfügung des Oberpräsidenten der preußischen Provinz Hannover vom 26.6.1945 (ARL-Archiv, Sammlung Karl Haubner). Der Text der Verfügung war offenbar mit Kurt Brüning in mehreren Besprechungen abgestimmt worden.

29 Klaus Becker, Die Anfänge der ARL 1945 bis 1955, unveröffentlichtes Manuskript (ARL-Archiv, Sammlung Klaus Becker: 1).

30 „Arbeitsbesprechung zwischen Prof. Dr. Brüning, dem unterzeichneten wissenschaftlichen Geschäftsführer Glatzel und Verwaltungsleiter Walstab" am 2.6.1945, Protokoll vom 2.7.1945 (ARL-Archiv, Hefter Finanzen 1945-1947). Auf der dritten Sitzung des Kuratoriums der Akademie am 14.10.1955 dankte Kurt Brüning „für die Glückwünsche, die der Akademie und ihm anlässlich des 10-jährigen Bestehens der Akademie von allen Seiten zugegangen" seien (ARL-Archiv, Niederschriften der Kuratoriumssitzungen der Akademie).

gen geriet so ins Zentrum alliierter Umerziehungsanstrengungen, damit die Deutschen zu den „Western and Christian traditions" zurückkehrten: „To truly denazify Germans, the Allies had first to denazify the way Germans thought about space" (Mingus 2017: 39, 67).

Die britischen Vorstellungen von Regionalität und Landesplanung prägten die faktischen Planungsräume der Deutschen. Grundsätzlich verstanden britische Offiziere unter „Town and Country Planning" eine langfristige Bereitstellung der „means by which development and use of land can be controlled for the convenience and pleasure of the people".[31] Angesichts der sozialen Verwerfungen beschränkten sich die Planungen in der britischen Besatzungszone aber auf den unmittelbaren Wiederaufbau und konzentrierten sich auf das besatzungspolitisch wichtige Ruhrgebiet und die urbanen Regionen Nordwestdeutschlands (Schnakenberg 2007: 55-56). Damit rückte eine kurz- und mittelfristige Wiederbelebung städtischer Strukturen in das Zentrum britischer Aufmerksamkeit, während langfristige Planungen insbesondere für die „Hanover Region" in den Hintergrund traten. Die Zuordnung der Planungsadministration zur „Manpower Division" der britischen Militärbehörden – und nicht, wie die Deutschen intuitiv erwartet hatten, zur „Economic Division" – unterstrich diese Prioritätensetzung und betonte das Ziel, die Lebens- und Arbeitsbedingungen großer Teile der deutschen Bevölkerung rasch wiederherzustellen, um das Arbeitskräftepotenzial zur wirtschaftlichen Stabilisierung der britischen Besatzungszone nutzen zu können (Petzina/Euchner 1984).

Für die Akademie mit ihrer zunächst auf kleine Verwaltungseinheiten bezogenen Grundlagenforschung entstand auf diese Weise ein Windschatten, in dem sie sich neu entfalten konnte. Brünings maßgebliche Beteiligung an der territorialen Gestaltung des neuen Landes hatte darüber hinaus für seine Arbeit einen kaum angreifbaren Rückhalt bei der niedersächsischen Landesregierung geschaffen (Nentwig 2013: 308-310), der zugleich Ansätze dafür bot, die wissenschaftliche Arbeit mit den Erfordernissen der in den Ländern der Westzonen aufzubauenden Landesplanungsbehörden abzustimmen. Für diese essenzielle Abstimmung mit Behördenvertretern und konkurrierenden Forschungsinstitutionen wurden zwei Mitarbeiter Brünings bald unverzichtbar, die seit den 1920er-Jahren überzeugte Nationalsozialisten gewesen waren: Heinz Sting und Heinrich Hunke.

Heinz Sting – Jahrgang 1904 und NSDAP-Mitglied seit 1925 – war 1933 Oberbürgermeister von Nordhausen geworden und leistete sich mit dem dortigen Kreisleiter der Partei eine Dauerfehde, die ihn schließlich 1935 das Amt kostete (Wagner 2015: 121-125). Nach 1945 konnte Sting diese „Entlassung" zu seinen Gunsten umdeuten und das Bild eines bürgerlichen Kommunalpolitikers etablieren, der von übereifrigen Parteifunktionären aus dem Amt gepöbelt worden sei (Sting 1965: 215-228). Auf der Basis dieser Erzählung konnte Sting beispielsweise ein Vertrauensverhältnis zu Richard Skiba aufbauen, der als Mitarbeiter der Gestapo Osnabrück 1937 aufgrund seiner reli-

31 „Town and Country Planning – 1. What really is this function", Ausarbeitung des Deputy Controller General/Housing Branch, 4.9.1946 (National Archives London, FO 1051 (Manpower Division/Town and Country Planning), Nr. 770).

giösen Überzeugung entlassen worden war und ab 1946 die *Niedersächsische Staatskanzlei* leitete (Nentwig 2013: 510). So wurde Sting spätestens ab 1946 ein unverzichtbarer Kontaktmann der Akademie zu niedersächsischen Landesbehörden.

Heinrich Hunke – Jahrgang 1902 und nach einer ersten NSDAP-Mitgliedschaft Anfang der 1920er-Jahre 1928 neuerlich in die Partei eingetreten – war seit 1932 Reichstagsabgeordneter der NSDAP und hatte nach der Machtübernahme 1933 als Berliner Gauwirtschaftsführer maßgeblich die „Arisierung" jüdischer Betriebe in der Reichshauptstadt vorangetrieben (Biggeleben/Schreiber/Steiner 2005). Als zuverlässiger nationalsozialistischer Funktionär wurde er unter anderem Abteilungsleiter im *Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda* (RMVP) und ab 1944 Vorstandsmitglied und Direktor der *Deutschen Bank*. Nach Kriegsende kam Hunke für drei Jahre in alliierte Haft, wurde nach der Entlassung vom Entnazifizierungsausschuss indessen als „Mitläufer" eingestuft und arbeitete ab September 1949 als Geschäftsführer an der Akademie. Hunke war umgänglich und einflussreich, konnte aber aufgrund seiner politischen Vergangenheit unter Druck gesetzt werden.[32] Hunkes weiterhin enge Kontakte zu früheren NS-Funktionären und seine Anpassungsfähigkeit waren keine Altlasten, sondern Aktivposten für die Arbeit in der Akademie.

Brünings wichtigster überregionaler Mitarbeiter wurde unmittelbar nach dem Krieg Erwin Muermann, bis 1945 in der Reichsstelle Referent für Rechtsfragen (siehe auch Kegler in diesem Band). Muermann war in Münster ansässig, unterhielt gute Kontakte ins Ruhrgebiet und vertrat Brünings nun als „Akademie" firmierende Institution bei Verhandlungen mit alliierten und deutschen Stellen.[33] Auch wenn die enge Zusammenarbeit lange den Eindruck erweckte, Brüning und Muermann ergänzten sich in Aufbau und Vertretung der Akademie vorteilhaft, so erwiesen sich spätestens ab Sommer 1948 Muermanns mehrgleisige Gespräche auch mit ausgewiesenen Gegnern der Akademie als nicht kompatibel mit Brünings Bestreben, die Entwicklung selbst in kleinsten Fragen persönlich zu kontrollieren. Brünings eigenmächtiges Vorgehen und seine beliebig anmutende Konzeption einer neuen Wissenschaftsorganisation verschaffte ihm zwar die gewünschte Unabhängigkeit, führte in seinem engeren Stab aber zu Irritationen. Er überwarf sich mit Glatzel und Muermann, wobei die rasche und mitunter gnadenlose Abwertung früherer Kollegen offenbar eine notwendige Bedingung für Brünings akademische Netzwerkfähigkeit bildete. Ein Mitarbeiter resümierte in einem bitteren Abschiedsschreiben Mitte 1949 seine dreieinhalbjährige Tätigkeit für Brüning: „L'Académie c'est moi: das war Ihr Leitspruch und sowohl Herr Dr. Muermann als auch ich fragten uns, warum wir eigentlich da waren."[34]

Zu diesem Zeitpunkt stand Muermann bereits in engem Kontakt mit verschiedenen Stellen in Nordrhein-Westfalen, wo er im August 1949 die Geschäftsführung des neu eingerichteten Godesberger *Instituts für Raumforschung* übernahm. Von dort aus versuchte er in den folgenden Jahren, die Etablierung der Akademie als überregionale Forschungsinstitution zu unterminieren (Gutberger 2015). Die Konfrontation wurde

32 Heinrich Hunke an Karl Heinz Pfeffer, 09.04.1954 (ARL-Archiv, Sammlung Klaus Becker).

33 Vermerk von Erwin Muermann zur Lage der Akademie, 7.6.1948 (ARL-Archiv, Sammlung Karl Haubner).

34 Martin Schwind an Kurt Brüning, 3.5.1949 (ARL-Archiv, NL Kurt Brüning).

allerdings nicht nur durch persönliche Enttäuschungen gesteigert, sondern ihr lagen fundamentale konzeptionelle Divergenzen zugrunde. Muermann verstand das von ihm geleitete Godesberger Institut als eine politische Leitstelle für raumwissenschaftliche Forschungsaufträge und fand dafür Gehör bei Politikern auf der zonalen und späteren Bundesebene, allen voran bei Vizekanzler Franz Blücher (Leendertz 2008: 233-240). Demgegenüber trat Brüning – jenseits aller persönlicher Ambitionen (Waldhoff/Fürst/Böcker 1994: 47) – für eine größere Autonomie seiner Forschungseinrichtung gegenüber politischen Planungsvorgaben ein. Mochten dies Lernerfahrungen aus der NS-Zeit oder auch nur die opportunistische Reaktion auf neue Möglichkeiten sein – auf jeden Fall fand Brüning damit in der sich sukzessive wieder etablierenden universitären Raumforschung Gehör.

Muermann wandte sich auch an die *Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung* (DASL), von der unterdessen keine weitergehenden Initiativen ausgingen, Brünings Ambitionen zu durchkreuzen. Der Leiter der DASL, Stephan Prager, und der eng mit ihm zusammenarbeitende Direktor des *Siedlungsverbands Ruhrkohlenbezirk*, Philipp Rappaport, störten sich allerdings an der Namensgebung einer Hannoverschen „Akademie", die beide als „unfair" empfanden.[35] Das *Zentralamt für Arbeit*, der deutsche Verwaltungsarm der britischen „Manpower Division", war anfangs durchaus auf Seiten der DASL, zog sich allerdings bald aus dem Konflikt zurück. Im Oktober 1947 hieß es von dort, etwas sozialdarwinistisch anmutend: „Wenn die landesplanerischen Kräfte und auch die Hochschulen Zeit und Geld haben, um sich zwei Organe zu leisten, die sich entweder bekämpfen oder befruchten, wird man dies ihnen überlassen müssen." Man vertrete im Zentralamt „die Auffassung, dass sich auch im Forschungswettbewerb solcher Einrichtungen stets das beste gegenüber dem schlechteren durchsetzen" würde.[36] Die DASL wandte sich in der Folge an einen kleineren Kreis von Stadtplanern und Architekten und konzentrierte ihre Arbeit auf die urbane Planung, einem Feld, auf dem es zunächst mit der Akademie kaum Berührungspunkte gab (Prager 1955).

Das Godesberger Institut stritt hingegen weiterhin der Hannoverschen Akademie mit Vehemenz und politischer Rückendeckung aus Bonn den Anspruch ab, als Nachfolgerin der Reichsarbeitsgemeinschaft aufzutreten. Die grundsätzliche Auseinandersetzung zwischen Akademie und Institut um die „Rechtsnachfolge" der Reichsarbeitsgemeinschaft belegt dabei nicht nur den unbekümmerten Bezug aller Beteiligten auf die NS-Institution als Legitimationsinstanz, sondern stellte mittelfristig auch die verbliebene Durchsetzungskraft der raumwissenschaftlichen Netzwerke unter Beweis. Der zugespitzte Konflikt mit konkurrierenden Zeitschriften[37] und intensiver Lobbyarbeit in den sich entfaltenden föderalen Institutionen konnte schließlich dadurch zugunsten der Akademie abgemildert werden, dass sich namhafte Raumwissenschaftler im Mai 1950 für eine Einigung beider Einrichtungen – bei klarer Kompetenzverteilung – einsetzten. Das entsprechende „Gutachten" stellte fest, dass der „wirklich geistige Gehalt

35 Philipp Rappaport an Julius Brecht (Zentralamt für Arbeit), 27.9.1947 (BArch Z40/380).

36 Julius Brecht an Philipp Rappaport, 8.10.1947 (BArch Z40/380).

37 Das Godesberger Institut gab 1950 die „Zeitschrift für Raumforschung" heraus und veröffentlichte zudem in unregelmäßiger Folge die „Informationen" sowie „Mitteilungen aus dem Institut für Raumforschung".

der bisherigen wissenschaftlichen Raumforschungsarbeit […] nur den wissenschaftlich führenden Köpfen der Akademie für Raumforschung geläufig" sei, „eigentlich sogar nur dem augenblicklichen Leiter Professor Brüning".[38] Diese Einschätzung wurde unter anderem von Hans Mortensen, Erich Egner, Carl Pirath und Paul Hesse unterzeichnet – allesamt Wissenschaftler, die in den Hochschularbeitsgemeinschaften aktiv gewesen waren und nun wieder Lehrstühle innehatten. Deren Fürsprache stellte ein eindrucksvolles Ergebnis von Brünings Netzwerkarbeit dar und verdeutlicht zugleich die Bruchlinien in der Gemeinschaft der Raumwissenschaftler. Denn gerade Lehrstuhlinhabern erschien Brünings Konzept, über die Akademie politischen Planungsanforderungen unabhängig zu begegnen, reizvoller als die Aussicht auf eine lukrative, aber politisch angeleitete wissenschaftliche Forschung.

5 1953 – Die Etablierung der Akademie für Raumforschung und Landesplanung

Mit dem wohlwollenden „Gutachten" und der im August 1950 folgenden Einigung zwischen der Akademie und dem Godesberger Institut, die eine klare Hierarchie zwischen der für die Grundlagen zuständigen Akademie und dem für „ministerielle Planungswünsche" zuständigen Institut festlegte,[39] wurde eine institutionelle, finanzielle und personelle Konsolidierung der Akademie eingeleitet, die im Jahr 1953 erfolgreich abgeschlossen werden konnte. Auch erschien nach mehreren Unterbrechungen die Zeitschrift „Raumforschung und Raumordnung", zu deren Herausgebern die Akademie bis heute gehört, von 1953 an wieder regelmäßig. In diesem Sinne ist das Jahr 1953, als die Akademie eine bis in die Gegenwart wirksame Satzung erhielt und die ersten ordentlichen Mitglieder ernannt bzw. gewählt wurden, das eigentliche Gründungsjahr der Akademie.

Kurt Brünings Anspruch war – im Wortlaut der „vorläufigen Geschäftsordnung" vom Dezember 1947 –, dass die Akademie „den wissenschaftlichen Teil der beabsichtigten ‚Deutschen Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung und Landesplanung'" bilden sollte (ARL 1948: 75). Gemessen an diesem Anspruch ist es der Akademie bis Mitte der 1950er-Jahre nicht gelungen, im deutschsprachigen Raum eine inhaltliche Führungsrolle in der raumwissenschaftlichen Methodendiskussion zu erlangen. Der erste Nachkriegsjahrgang der Zeitschrift „Raumforschung und Raumordnung" hatte bereits 1948 das gesamte Spektrum der methodischen Schwerpunkte der wissenschaftlichen Arbeit in der Akademie der kommenden Jahre umrissen: Er dokumentiert die hartnäckige Bindung dieser Arbeit an überkommenen Debatten zur „Standortstheorie", zur „Tragfähigkeit", zur „Auflockerung der Großstädte" (ARL 1948: 51) sowie zum Zusammenhang von „Umsiedlung und Raumforschung" (ARL 1948). Die Idee von an „zentralen Orten" (Kegler 2015) orientierten hierarchischen Siedlungsstrukturen wurde dabei nicht explizit diskutiert, sondern in viele Überlegungen als selbstverständliche „Notwendigkeit einer klaren Komposition der menschlichen Siedlungen im Raume" (Egner 1948: 11) eingewoben (siehe auch Kegler in diesem Band).

38 „Gutachten. Im Mai 1950", o. D. (ARL-Archiv, NL Hans-Joachim Seglitz).

39 „Vereinbarung zwischen Akademie für Raumforschung und Landesplanung in Hannover und Institut für Raumforschung Bonn in Bad Godesberg", 8.8.1950 (ARL-Archiv, Sammlung Karl Haubner).

Die meisten an der Reichsarbeitsgemeinschaft beteiligten Wissenschaftler haben ohne substanzielle Veränderungen ihrer Forschungsperspektiven und Methoden nach 1945 weitergearbeitet. Während etwa Gerhard Isenberg ohne den geringsten Ansatz einer kritischen Reflexion unverändert seine „Frage der Tragfähigkeit von Staats- und Wirtschaftsräumen" aufwarf (Isenberg 1948), bemühten sich andere Autoren der ersten Nachkriegshefte von „Raumforschung und Raumordnung" immerhin um eine Distanzierung vom Bisherigen, ohne sich jedoch immer auch von der bisherigen Sprache lösen zu können. So resümierte Joachim Heinrich Schultze seine Einschätzung der Aufnahmefähigkeit verschiedener thüringischer Gebiete für Umsiedler und Flüchtlinge, dass man die wirtschaftsschwachen „passiven Gebiete […] auf alle Fälle für die Umsiedler sperren" müsse und versuchen sollte, „die dort schon vorhandene Flüchtlingsbevölkerung zum Teil wieder herauszuholen" – um sofort festzustellen, dass damit „keiner Radikalmaßnahme das Wort geredet werden" solle (Schultze 1948: 23). Solche „Radikalmaßnahmen" mussten nicht weiter ausgeführt werden, sie waren allen Leserinnen und Lesern aus der Kriegs- und unmittelbaren Nachkriegszeit hinreichend bekannt.

Die inhaltlichen und sprachlichen Kontinuitäten entsprangen einer Stetigkeit der personellen Zusammensetzung der Akademie, die angesichts der wissenschaftlichen Monopolstellung ihrer Vorgängerin nicht verwundert: Auch wenn von den 38 ordentlichen Akademiemitgliedern des Jahres 1953 vor 1945 nur zehn Wissenschaftler innerhalb der Hochschularbeitsgemeinschaften eine Leitungsfunktion innegehabt hatten, so waren doch buchstäblich sämtliche Akademiemitglieder durch die Schule der Reichsarbeitsgemeinschaft gegangen. Zudem waren zwei Drittel (26 Personen) vor 1945 Mitglied der NSDAP gewesen.[40] Von diesen Parteimitgliedern war eine Person seit den 1920er-Jahren mit der Partei verbunden – Heinrich Hunke –, die übrigen waren ihr zur Hälfte 1933 (12) und zur Hälfte 1937 (13) beigetreten. Dabei sagt die NSDAP-Mitgliedschaft selbst noch nichts über die Motive, politischen Orientierungen und Absichten der einzelnen Parteimitglieder aus. Die Gruppe der „Märzgefallenen" – so die zeitgenössische ironische Bezeichnung für die nach der Reichstagswahl vom März 1933 rasch in die NSDAP eingetretenen Personen – wird in der historischen Forschung durchaus als heterogene Gruppe wahrgenommen, auch wenn nun „Beamte und Akademiker […] in die Partei drängten" (Falter 1998: 616). Unter den ersten Akademiemitgliedern zählen zu dieser Gruppe nicht zuletzt Kurt Brüning, Friedrich Bülow, Hans Mortensen und Karl Heinrich Olsen (noch unter seinem ursprünglichen, 1940 abgelegten Familiennamen „Olszewski"[41]). Die Motive, der NSDAP unmittelbar nach der Machtergreifung beizutreten, waren aber offenbar verschieden: Während für Friedrich Bülow und Karl Heinrich Olsen auch das berufliche Fortkommen ausschlaggebend gewesen sein mochte, stand Kurt Brüning bereits im Frühjahr 1933 wegen seiner SPD-Mitgliedschaft unter Druck und verlor seinen Lehrstuhl in Braunschweig (Wettern/Weßelhöft 2004: 98-101). Seinen Beitritt zur NSDAP wertete er als den ersten Schritt, im „Dritten Reich" wissenschaftlich respektiert zu werden.[42] Hans Morten-

40 Sämtliche Angaben nach den Unterlagen des früheren Berlin Document Center (BDC) im BArch Berlin.

41 BArch R4901/23439 (Personalakte Karl Heinrich Olsen), Bl. 24-25.

42 Gauleiterstellvertreter Kurt Schmalz an den Stab des Stellvertreters des Führers, 2.9.1938 (BArch R4901/24332 (Personalakte Kurt Brüning, Bl. 43)).

sen hingegen gerierte sich in einem Aufsatz 1934 „als überzeugter Nationalsozialist [...] seit über einem Jahrzehnt", ohne indessen vor 1933 der NSDAP beigetreten zu sein (Mortensen 1941: 539). Ebenso gibt es aber einige Personen im Kreis der Akademiemitglieder, deren nationalsozialistische Überzeugung und große Bereitschaft, die NS-Politik tatkräftig zu unterstützen, sich nicht in einer frühzeitigen Parteimitgliedschaft niederschlug. So waren weder Hans Harmsen, einer der führenden Eugeniker im „Dritten Reich" (Schleiermacher 1998), noch der Soziologe und „Rassenkundler" Karl Valentin Müller Parteimitglied gewesen (Muller 1987: 274-275). Der erst 1937 in die NSDAP eingetretene Karl Heinz Pfeffer wiederum arbeitete zugleich „unter der Ägide des Sicherheitsdienstes der SS" (Klingemann 1996: 206) und exponierte sich publizistisch als ausgesprochener Antisemit (Pfeffer 1943).

In der Publikationspraxis von „Raumforschung und Raumordnung" bis 1944 und ab 1948 zeigt sich, dass einzelne Autoren im jeweiligen Zeitraum ganz unterschiedlich in der Zeitschrift präsent waren (siehe Abb. 1).

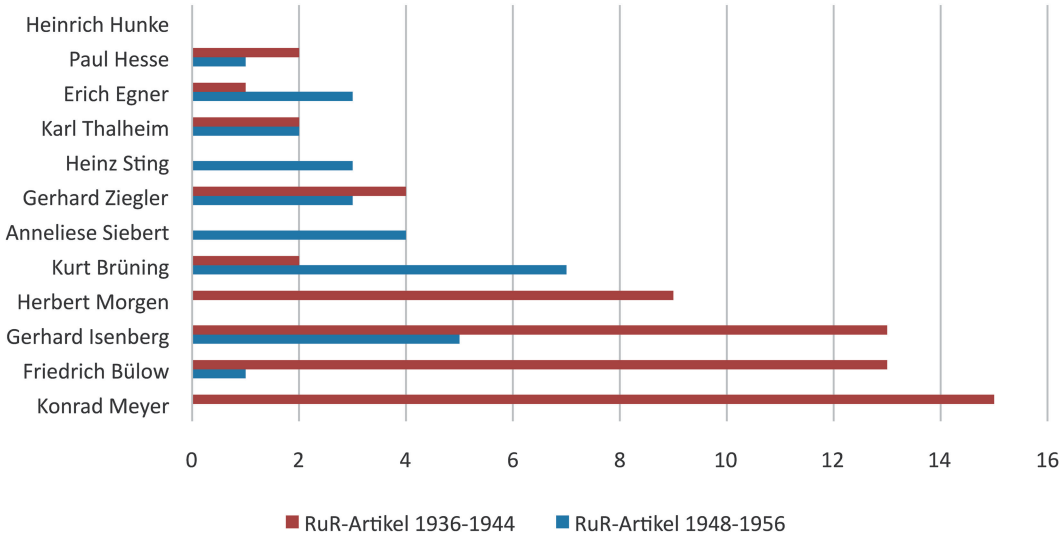

Abb. 1: Die Anzahl eigenständiger Texte einzelner Autoren in der Zeitschrift „Raumforschung und Raumordnung" (RuR) in den Zeiträumen 1936 bis 1944 und 1948 bis 1956

Am augenfälligsten ist dies sicher bei Konrad Meyer (15:0), was sich mit seiner starken Exposition bis 1944 und seiner relativ späten neuerlichen Sichtbarkeit in der akademischen Welt ab 1955/56 erklären lässt. Interessant ist die Differenz zwischen Friedrich Bülow (13:1) und Gerhard Isenberg (13:5): Beide waren in der NS-Zeit publizistisch exponiert und ihre Namen waren in den Augen der Fachwelt fest mit bestimmten Begriffen verbunden. Eine denkbare Erklärung könnte sein, dass Isenbergs „Tragfähigkeit" aufgrund der drängenden Flüchtlingsproblematik kaum Aufmerksamkeit einbüßen musste, während Bülows „Standortstheorie" nicht zuletzt wegen ihrer überdeutlichen „völkischen" Konnotation nach dem Krieg von einem moderateren und vor

1945 weniger sichtbaren Autor wie Erich Egner (1:3) vertreten wurde. Zudem hatte Bülow 1950 in der „Zeitschrift für Raumforschung" des Godesberger Instituts dezidiert dafür plädiert, „dass Raumforschung enge Zusammenarbeit zwischen Politik und Wissenschaft erforderlich" mache (Bülow 1950). Damit hatte er sich nicht nur gegen Brünings Konzept einer „Grundlagenforschung" gestellt, sondern dies zudem in einem Kontext getan, in dem auch Erwin Muermann und Frank Glatzel aktiv waren (Leendertz 2008: 236-237). Schließlich mochte es eine Rolle gespielt haben, dass einige Autoren von Kurt Brüning schlichtweg gebraucht wurden: Gerhard Isenberg als Kenner der Reichsarbeitsgemeinschaft und bestens vernetzter Staatsbeamter, oder Gerhard Ziegler als – offenbar einziger – Planer, der als ordentliches Mitglied der Akademie zugleich auch der DASL angehörte.

Die Akademie hatte also die Arbeit der Reichsarbeitsgemeinschaft mit hoher personeller und methodischer, wenn auch inhaltlich angepasster Kontinuität fortgesetzt. Dazu bekannte man sich offen, etwa in den Titeleien ihrer Publikationen (siehe Abb. 2).

VERÖFFENTLICHUNGEN DER
AKADEMIE FÜR RAUMFORSCHUNG UND LANDESPLANUNG
(ehem. Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung)
Begründet von K. Meyer und P. Ritterbusch, fortgeführt von Kurt Brüning

Abb. 2: Auszug aus der Titelei der Reihe „Raumforschung und Landesplanung. Abhandlungen" 1950, Band 16 (Egner 1950: 2)

Dass die Akademie dennoch in der Lage gewesen ist, sich sukzessive den gesellschaftlichen Dynamiken und Diskursen einer offenen, demokratischen Gesellschaft zu öffnen und sich – wenn auch im Rahmen eines Generationswechsels – in eine Forschungseinrichtung zu verwandeln, liegt daran, dass sie Anfang der 1950er-Jahre *institutionell* neue Wege beschritten hat. Auch dafür zeichnete Kurt Brüning verantwortlich und seine Entscheidungen für den neuen Aufbau der Akademie können durchaus auf Lernerfahrungen in der Reichsarbeitsgemeinschaft zurückgeführt werden.

Mit der Einrichtung eines Kuratoriums, dem Vertreter sämtlicher Bundesländer angehörten, und eines wissenschaftliches Rates[43] – beides war von Frank Glatzel 1944 vorgeschlagen worden – erhielt die Akademie Gremien, die grundsätzlich Evaluierungs- und Rückkopplungsverfahren einführten und die Forschungseinrichtung damit mittelfristig zwang, sich auf offene wissenschaftliche und politische Prozesse einzustellen. Diese Dynamik, die in der Satzung angelegt war, wurde von der Leitung der Akademie in den 1950er-Jahren nicht mit allen Konsequenzen antizipiert, bildete je-

43 „Beschluss des Niedersächsischen Landesministeriums über die Akademie für Raumforschung und Landesplanung" vom 6.9.1955 (ARL-Archiv, Sammlung Karl Haubner). Der Beschluss enthält die „endgültige" Satzung der Akademie, die zum 1.10.1955 in Kraft trat.

doch in den folgenden Jahrzehnten die Basis für die Entwicklungsfähigkeit der Akademie. Kurt Brüning gelang es gemeinsam mit seinen Mitarbeitern und Kollegen, in einer Gemengelage aus divergierenden und korrespondierenden Interessen und Machtpotenzialen ein regional gut verankertes und überregional anschlussfähiges Netz von Raumwissenschaftlern und politischen Akteuren zur Entwicklung der Akademie zu reaktivieren, das sich sowohl abtrünnigen Mitarbeitern und politischen Gegnern als auch konkurrierenden staatlichen und akademischen Initiativen als überlegen erwies. In diesem Prozess wurde nicht nur die Vorrangigkeit einzelner Aufgabenfelder wie die Flüchtlingsintegration oder die Entwicklung rückständiger Gebiete determiniert, sondern auch die regionale Schwerpunktbildung und die überregionale Ausrichtung festgelegt, etwa durch die Unterstützung der bayerischen Landesplanung durch die Akademie (Grüner 2009: 234-257; siehe auch Balcar/Schlemmer in diesem Band).

Die Übernahme der Akademie in die Bund-Länder-Finanzierung des „Königsteiner Staatsabkommens" (Osietzki 1984: 238-271) 1949 schuf eine finanzielle Sicherheit, die allerdings in den folgenden Jahren immer wieder neu verhandelt werden musste. Das bedeutete für die Leitung der Akademie nicht nur, sich auf die neuen Spielregeln des bundesdeutschen Föderalismus einlassen zu müssen, sondern zwang sie auch zur Kompromissbereitschaft im Konflikt mit der nordrhein-westfälischen Landesregierung. Diese weigerte sich bis 1959 wegen des langwierigen Streits zwischen Akademie und Godesberger Institut sowie wegen der durch Brüning verkörperten vermeintlichen „Ansprüche" Niedersachsens auf westfälische Gebiete, einen Vertreter in das Kuratorium der Akademie zu entsenden.[44] Die Herausforderungen in der westdeutschen Wissenschaftspolitik nahmen in der Folge eher noch zu, sodass die Erfahrungen aus der Reichsarbeitsgemeinschaft sukzessive in den Hintergrund traten, während die aus ihr hervorgegangenen Netzwerke und professionellen Beziehungen weiter relevant blieben.

Bei aller Schärfe waren die Auseinandersetzungen zwischen der Akademie und dem Godesberger Institut durch drei Aspekte gekennzeichnet, die durchaus als Einübung demokratischer Spielregeln gewertet werden können. Erstens bleibt festzuhalten, dass bei allen intern artikulierten persönlichen Verwerfungen nach außen ganz überwiegend sachliche Argumente kommuniziert wurden. Das brachte eine gewisse Zivilität in den Konflikt, die sich deutlich von den unerbittlichen persönlichen „Kämpfen" um wissenschaftliche Ressourcen im nationalsozialistischen „Führerstaat" abhob (Stöhr 2002). Damit ging zweitens einher, dass der Rückgriff auf lange vertraute Personen und auf Netzwerke, die sich in der NS-Zeit bewährt hatten, mit der Akzeptanz neuer Regeln verknüpft wurde. Zu diesen Regeln zählte insbesondere, dass unterlegene Kontrahenten nicht das Recht verloren, ihre jeweiligen Interessen zu vertreten, und sich weiter wissenschaftlich betätigen konnten. Drittens schließlich suchten alle an der Auseinandersetzung beteiligten Wissenschaftler Unterstützung bei westdeutschen Politikern auf Landes- und Bundesebene, die ihrerseits an geregelte Verfahren des Interessenausgleichs gebunden waren und deren Verhalten öffentlich eingeschätzt wurde. Diese Zusammenhänge banden die Wissenschaftler – und dies unabhängig von

44 Nordrhein-Westfalen entsandte erst zur 11. Sitzung am 30.10.1959 einen Landesvertreter ins Kuratorium der Akademie, vgl. die entsprechenden Protokolle (ARL-Archiv, Niederschriften der Kuratoriumssitzungen der Akademie).

ihren Absichten und ihren politischen Überzeugungen – an die von den Alliierten eingeführten föderalen und demokratischen Regeln der „Western and Christian traditions".

Eine Folge der Konflikte mit anderen Akteuren der westdeutschen Raumforschung war aber auch die satzungsmäßig festgelegte, hermetisch anmutende ‚Selbstrekrutierung' der Akademiemitglieder. Kontrahenten und potenzielle Kritiker von Brünings persönlichem Führungsstil hatten es schwer, in den Kreis der Akademie aufgenommen zu werden. Loyale Mitarbeiter und zugewandte Mitglieder des wissenschaftlichen Netzwerks bildeten so die Grundlage dafür, dass sich die Akademie etablierte. Wie zuvor Konrad Meyer war auch Kurt Brüning in der Lage, Loyalität und Dankbarkeit zu erzeugen – nicht zuletzt bei Menschen, die aufgrund ihrer politischen Tätigkeit im Nationalsozialismus nach 1945 zunächst berufliche Schwierigkeiten hatten. So erinnerte sich der Agrarhistoriker Günther Franz – als Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes der SS und durch die Publikation antisemitischer Schriften einschlägig exponiert – noch Anfang der achtziger Jahre dankbar an Brüning, der in „überaus liberaler Weise […] nach dem Krieg wohl 400 Gelehrten Arbeitsmöglichkeiten verschafft" habe, „ohne nach ihrer politischen ‚Belastung' zu fragen" (Franz 1982: 170).

Damit reiht sich Brüning in eine Generation von Wissenschaftsmanagern ein, die es nach dem Zweiten Weltkrieg verstanden haben, beständige und entwicklungsfähige Wissenschaftsinstitutionen in Westdeutschland zu etablieren. Ähnliche Qualitäten hat beispielsweise auch der Osteuropaexperte Werner Markert unter Beweis gestellt, als er nach 1945 in Tübingen die „Arbeitsgemeinschaft für Osteuropaforschung" aufbaute. Er hatte – selbst „wenig belastet" – seinem Fach nicht zuletzt dadurch Geltung verschaffen können, „weil er Kontakte und Materialbestände nutzte, die als ‚belastet' einzustufen" seien (Kucher/Zachary 2017). Dasselbe trifft auch auf Kurt Brüning zu. Es werden hier Handlungsmuster erkennbar, nach denen netzwerkbegabte Wissenschaftler lern- und anpassungsfähige Nationalsozialisten als wichtige personelle Ressource des Wiederaufbaus zu nutzen verstanden. Diese Zusammenhänge sind bisher erst in Ansätzen erforscht (Kucher 2016) und weisen über die Kontinuitäten von der Reichsarbeitsgemeinschaft zur Akademie hinaus auf die ebenso kontroversen wie integrativen Leistungen von Wissenschaftlern in der jungen Bundesrepublik innerhalb und außerhalb universitärer Netzwerke und Forschungseinrichtungen (Elvert 2016).

Quellen

ARL-Archiv – Archiv der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, NL (Nachlass) Kurt Brüning
ARL-Archiv, Niederschriften der Kuratoriumssitzungen der Akademie
ARL-Archiv, NL Hans-Joachim Seglitz
ARL-Archiv, Sammlung Klaus Becker
ARL-Archiv, Sammlung Karl Haubner
BArch (BDC) – Bundesarchiv Berlin, ehemaliges Berlin Document Center
BArch R113 – Bundesarchiv Berlin (Reichsstelle für Raumordnung)
BArch R4901 – Bundesarchiv Berlin (Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung)
BArch Z40 – Bundesarchiv Berlin (Zentralamt für Arbeit in der Britischen Zone)
National Archives London, FO 1051 (Manpower Division/Town and Country Planning)
Sta Braunschweig – Stadtarchiv Braunschweig
UAF (Universitätsarchiv Frankfurt am Main)
UAH (Universitätsarchiv Halle), Rep. 4 (Rektorat)

UAH (Universitätsarchiv Halle), Rep. 58 (NL Johannes Weigelt)
UAJ (Universitätsarchiv Jena), S XV (Hochschularbeitsgemeinschaft Jena)
UAW (Universitätsarchiv Wien), NL Hugo Hassinger, Kt. 15
UAW, NL Hugo Hassinger, Kt. 18
UAW, NL Hugo Hassinger, Kt. 19

Literatur

ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (1948): Arbeitsbericht der Akademie für Raumforschung und Landesplanung vom 31.12.1947. In: Raumforschung und Raumordnung 9, 68-76.
ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (1960) (Hrsg.): Raumforschung. 25 Jahre Raumforschung in Deutschland. Bremen.
ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (1961) (Hrsg.): Festsitzung anlässlich des 25-jährigen Bestehens der Raumforschung in Deutschland am 27. Oktober 1960 im Alten Rathaus zu Hannover. Ansprachen und Festrede (als Manuskript vervielfältigt). Hannover.
ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (1970) (Hrsg.): Handwörterbuch der Raumforschung und Raumordnung. 3 Bände. Hannover.
ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (1996) (Hrsg.): 50 Jahre ARL in Fakten. Hannover.
Baas, K. (2015): „Erdkunde als politische Angelegenheit". Geographische Forschung und Lehre an der Universität Münster 1909-1958. Münster.
Bergmann, K. (1970): Agrarromantik und Großstadtfeindschaft. Meisenheim am Glan.
Biggeleben, C.; Schreiber, B.; Steiner, K. J. L. (2005) (Hrsg.): „Arisierung" in Berlin. Berlin.
Brüning, K. (1943): Raumordnung und Raumordnungsplan. In: Archiv für Landes- und Volkskunde in Niedersachsen 17, 179-230.
Brüning, K.; Wilhelm, O.; Isenberg, G. (1948): Die deutschen Landkreise. Handbuch für Verwaltung, Wirtschaft und Kultur (Bericht des „Forschungsausschusses für Kreisbeschreibungen" vom 31.1.1948). In: Raumforschung und Raumordnung 9, 109-115.
Bülow, F. (1938): Raumordnung, Raumforschung und Wirtschaftswissenschaft. In: Weltwirtschaftliches Archiv 47, 300-320.
Bülow, F. (1950): Raumforschung als wissenschaftliche Aufgabe. In: Zeitschrift für Raumforschung 1, 231-235.
Düwel, J.; Gutschow, N. (2019): Ordnung und Gestalt. Geschichte und Theorie des Städtebaus im 20. Jahrhundert. Die Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung 1922 bis 1975. Berlin.
Egner, E. (1948): Möglichkeiten und Grenzen industrieller Standortspolitik. In: Raumforschung und Raumordnung 9, 3-15.
Egner, E. (1950): Wirtschaftliche Raumordnung in der industriellen Welt. Abhandlungen zur industriellen Standortpolitik. Bremen-Horn.
Elvert, J. (2016) (Hrsg.): Geschichte jenseits der Universität. Netzwerke und Organisationen in der frühen Bundesrepublik. Stuttgart.
Franz, G. (1982): Mein Leben (als Manuskript vervielfältigt). o. O.
Göllnitz, M. (2017): Paul Ritterbusch. In: Fahlbusch, M.; Haar, I.; Pinwinkler, A. (Hrsg.): Handbuch der völkischen Wissenschaften. Akteure, Netzwerke, Forschungsprogramme, Band 1. 2. Auflage. Berlin/Boston, 640-645.
Grüner, S. (2009): Geplantes „Wirtschaftswunder"? Industrie- und Strukturpolitik in Bayern 1945 bis 1973. München.
Grüttner, M. (2004): Biographisches Lexikon zur nationalsozialistischen Wissenschaftspolitik. Heidelberg.
Gutberger, H. (1996): Volk, Raum und Sozialstruktur. Sozialstruktur- und Sozialraumforschung im „Dritten Reich". Münster.
Hammerstein, N. (1999): Die Deutsche Forschungsgemeinschaft in der Weimarer Republik und im Dritten Reich. Wissenschaftspolitik in Republik und Diktatur 1920-1945. München.
Hanke, A.-K. (2004): Die niedersächsische Heimatbewegung im ideologisch-politischen Kräftespiel zwischen 1920 und 1945. Hannover.
Heinemann, I. (2006): Wissenschaft und Homogenisierungsplanung für Osteuropa. Konrad Meyer, der „Generalplan Ost" und die Deutsche Forschungsgemeinschaft. In: Heinemann, I.; Wagner. P. (Hrsg.): Wissenschaft – Planung – Vertreibung. Neuordnungskonzepte und Umsiedlungspolitik im 20. Jahrhundert. Stuttgart, 45-72.

Hensen, H. (1936): Organisation und Arbeitseinsatz. In: Raumforschung und Raumordnung 1, 16-22.
Isenberg, G. (1948): Zur Frage der Tragfähigkeit von Staats- und Wirtschaftsräumen. In: Raumforschung und Raumordnung 9, 41-51.
Jürgensen, K. (1979): Elemente britischer Deutschlandpolitik. Political Re-Education, Responsible Government, Federation of Germany. In: Scharf, C.; Schröder, H. J. (Hrsg.): Die Deutschlandpolitik Großbritanniens und die Britische Zone. 1945-1949. Stuttgart, 103-127.
Kegler, K. R. (2015): Deutsche Raumplanung. Das Modell der „zentralen Orte" zwischen NS-Staat und Bundesrepublik. Paderborn.
Kegler, K. R.; Stiller, A. (2017): Konrad Meyer. In: Fahlbusch, M.; Haar, I.; Pinwinkler, A. (Hrsg.): Handbuch der völkischen Wissenschaften. Akteure, Netzwerke, Forschungsprogramme, Band 1. 2. Auflage. Berlin/Boston, 500-508.
Klingemann, C. (1996): Soziologie im Dritten Reich. Baden-Baden.
Klingemann, C. (2009): Soziologie und Politik. Sozialwissenschaftliches Expertenwissen im Dritten Reich und in der frühen westdeutschen Nachkriegszeit. Wiesbaden.
Kucher, K. u. a. (2016): Kriegsbeute in Tübingen. Eine Urkunde Peters des Großen, Seilschaften der Osteuropaforscher und die Restitution. In: Osteuropa 66, 149-167.
Kucher, K.; Zachary, T. (2017): Feindforschung mit alten Wehrmachtsbeständen. Werner Markert redigierte vor 1945 die Zeitschrift „Osteuropa" und gründete nach 1945 die Arbeitsgemeinschaft für Osteuropaforschung. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 213, 13.9.2017, N3.
Leendertz, A. (2008): Ordnung schaffen. Deutsche Raumplanung im 20. Jahrhundert. Göttingen.
Loth, W.; Rusinek, B.-A. (1998) (Hrsg.): Verwandlungspolitik. NS-Eliten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft. Frankfurt am Main/New York.
Meynen, E. (1963): Kurt Brüning. In: Neues Archiv für Niedersachsen 12, 9-24.
Mingus, M. D. (2017): Remapping modern Germany after National Socialism, 1945-1961. Syracus (NY).
Mommsen, H. (1999): Der faustische Pakt der Ostforschung mit dem NS-Regime. Anmerkungen zur Historikerdebatte. In: Schulze, W.; Oexle, O. G. (Hrsg.): Deutsche Historiker im Nationalsozialismus. Frankfurt am Main, 265-273.
Mortensen, H. (1934): Inwiefern kann die Hochschulgeographie den Bedürfnissen der Schulgeographie und der allgemeinen Volksbildung gerecht werden?. In: Geographischer Anzeiger. Blätter für den geographischen Unterricht 35, 23/24, 532-545.
Muller, J. Z. (1987): The Other God that Failed. Hans Freyer and the Deradicalization of German Conservatism. Princeton (New Jersey).
Nentwig, T. (2013): Hinrich Wilhelm Kopf (1893-1961). Ein konservativer Sozialdemokrat. Hannover.
Oberkrome, W. (2009): Ordnung und Autarkie. Die Geschichte der deutschen Landbauforschung, Agrarökonomie und ländlichen Sozialwissenschaft im Spiegel von Forschungsdienst und DFG (1920-1970). Stuttgart.
Osietzki, M. (1984): Wissenschaftsorganisation und Restauration. Der Aufbau außeruniversitärer Forschungseinrichtungen und die Gründung des westdeutschen Staates 1945-1952. Köln/Wien.
Petzina, D.; Euchner, W. (1984) (Hrsg.): Wirtschaftspolitik im britischen Besatzungsgebiet 1945-1949. Düsseldorf.
Pfeffer, K. H. (1943): Der englische Krieg – auch ein jüdischer Krieg. München.
Phillips, D. (2018): Educating the Germans. People and Policy in the British Zone of Germany, 1945-1949. London.
Prager, S. (1995): Die Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung. Rückblick und Ausblick 1922-1955. Tübingen.
Rössler, M. (1990): „Wissenschaft und Lebensraum". Geographische Ostforschung im Nationalsozialismus. Ein Beitrag zur Disziplingeschichte der Geographie. Berlin.
Schepers, H. J. (1942): Raumordnung im Generalgouvernement. In: Raumforschung und Raumordung 6/7, 202-216.
Schieder W. (2010): Der militärisch-industriell-wissenschaftliche Komplex im „Dritten Reich". Das Beispiel der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. In: Dinçkal, N.; Dipper, C.; Mares, D. (Hrsg.): Selbstmobilisierung der Wissenschaft. Technische Hochschulen im „Dritten Reich". Darmstadt, 47-62.
Schleiermacher, S. (1998): Sozialethik im Spannungsfeld von Sozial- und Rassenhygiene. Der Mediziner Hans Harmsen im Centralausschuß für die Innere Medizin. Husum.
Schnakenberg, U. (2007): Democracy-building. Britische Einwirkungen auf die Entstehung der Verfassungen Nordwestdeutschlands 1945-1952. Hannover.
Schultze, J. H. (1948): Umsiedlung und Raumforschung. Die Verteilung der Neubürger in Thüringen nach geographisch-raumordnerischen Gesichtspunkten. In: Raumforschung und Raumordnung 9, 15-27.

Seedorf, H. H. (1998): Das Land Niedersachsen. Eine Landeskunde in ihrer Geschichte und Präsentation. Hannover.
Sting, H. (1954) (Hrsg.): Das 1000-jährige Nordhausen und der schöne Südharz. Ein Volksbuch von Heimat und Zeitgeschichte. Hannover.
Stöhr, I. (2002): Von Max Sering zu Konrad Meyer – ein „machtergreifender" Generationswechsel in der Agrar- und Siedlungswissenschaft. In: Heim, S. (Hrsg.): Autarkie und Ostexpansion. Pflanzenzucht und Agrarforschung im Nationalsozialismus. Göttingen, 57-90.
Svatek, P. (2010): Hugo Hassinger und Südosteuropa. Raumwissenschaftliche Forschungen in Wien (1931-1945). In: Sachse, C. (Hrsg.): „Mitteleuropa" und „Südosteuropa" als Planungsraum. Deutsche und österreichische Expertisen in der Zeit der Weltkriege. Göttingen, 290-313.
Svatek, P. (2019): Hugo Hassinger (1877-1952). Volkstumsforscher, Raumplaner, Kartograph und Historiker. In: Hruza, K. (Hrsg.): Österreichische Historiker. Lebensläufe und Karrieren 1900-1945, Band 3. Wien u. a., 123-155.
Venhoff, M. (2000): Die Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung (RAG) und die reichsdeutsche Raumplanung seit ihrer Entstehung bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges 1945. Hannover.
Wagner, J.-W. (2015): Produktion des Todes. Das KZ Mittelbau-Dora. Göttingen.
Waldhoff, H.-P.; Fürst, D.; Böcker, R. (1994): Anspruch und Wirkung der frühen Raumplanung. Zur Entwicklung der Niedersächsischen Landesplanung 1945-1960. Hannover.
Weisbrod, B. (2002) (Hrsg.): Akademische Vergangenheitspolitik. Beiträge zur Wissenschaftskultur der Nachkriegszeit. Göttingen.
Werner, O. (2012): „Diesen Menschen haben wir nicht nur Arbeit, sondern auch eine neue Heimat zu geben." Zuwanderung in die mitteldeutschen Industrieregionen in den 1930er Jahren und Landesplanung im Gau Magdeburg-Anhalt. In: Oltmer, J. (Hrsg.): Nationalsozialistisches Migrationsregime und ‚Volksgemeinschaft'. Paderborn, 221-241.
Wettern, M.; Weßelhöft, D. (2004): Opfer nationalsozialistischer Verfolgung an der Technischen Hochschule Braunschweig 1930 bis 1945. Hildesheim.
Ziegler, G. (1941): Grundlagen des künftigen Städtebaus in Oberschlesien. In: Raumforschung und Raumordnung 5, 151-159.
Zippel, C. (2017): Hugo Hassinger. In: Fahlbusch, M.; Haar, I.; Pinwinkler, A. (Hrsg.): Handbuch der völkischen Wissenschaften. Akteure, Netzwerke, Forschungsprogramme, Band 1. 2. Auflage. Berlin/Boston, 269-273.

Autor

Oliver Werner (**1968*), *Dr. phil., Studium der Geschichte, Soziologie und Psychologie an der Universität Leipzig, Mitarbeiter am Institut der Didaktik der Demokratie (IDD) an der Leibniz Universität Hannover. Forschungsschwerpunkte: mitteleuropäische Zeitgeschichte, deutsche Regional- und Planungsgeschichte, gesellschaftliche Kontinuitäten und Brüche im 20. Jahrhundert.*